

Nina Kandinsky



Kalte Spuren

auf die Spuren des Verbrechens machte. Nachkommen habe Kandinsky keine gehabt, bemerkte Overath. «Und die Presse gab sich erstaunlich schnell zufrieden. Wunderbar, wie diskret die Schweizer Kriminalpolizei arbeitet.» Fünf Jahre nach der Tat geisterte durch die Boulevardpresse zwar noch die Meldung, dass ein Deutscher Schwerverbrecher womöglich Kandinsky ermordet haben könnte. Das einzige Indiz, dass gegen den Mann vorlag, war aber allein die Tatsache, dass er schon einmal getarnt als Blumenbote in eine Wohnung eindrang. Der Kreis zum Mio-Plant Flüssigdünger, den man in den Wohnung vorfand, mochte sich da nicht ganz schliessen.

Nina Kandinsky verstarb am 2. September 1980 steinreich, aber auch einsam und allein. Der Mord ist mittlerweile verjährt, die Behörden schlossen 2013 das Dossier definitiv – ohne je eine wirkliche Spur gefunden zu haben.

Auf die damalige Polizeiarbeit werfen die Ermittlungsakten aus heutiger Sicht kein gutes Licht. Nicht nur der Doppelstandard zwischen Schweizern und Ausländern ist fraglich. Gemäss den Protokollen wurden den Zeugen auch kaum je kritische Fragen gestellt. Offensichtliche Widersprüche in ihren Aussagen blieben unbeantwortet, Personen, die zur Tatzeit in der Nähe des Tatorts waren, wurden gar nicht oder nur oberflächlich überprüft. Auf Gstaads glänzende Fassade konnte das ungelöste Verbrechen aber keinen Schatten werfen. Die Schönen und Reichen pilgerten über die Jahre in noch grösserer Anzahl ins Saanenland. Nicht einmal das Chalet Esmeralda erlitt einen Imageschaden. 1983 wurde das Haus für 2,45 Millionen Franken an einen Walliser Geschäftsmann versteigert. Heute soll es im Besitz der Familie Hoffmann-La Roche sein.

Erbe hängt in Bern und Paris

Kandinskys Erbe landete mangels Nachkommen schliesslich grösstenteils beim französischen Staat. In ihren Pariser Wohnung fanden die französischen Behörden insgesamt 182 Aquarelle, Gemälde, Zeichnungen, Skizzen, Lithographien und Gravuren von Wassily Kandinsky – ein Schatz von unfassbarem Vermögen. Viele dieser Werke hängen heute in den Räumen des Centre Pompidou in Paris. Ein kleiner Teil des Nachlasses blieb jedoch in Bern. Ein Jahr vor ihrem gewaltsamen Ableben schloss Nina Kandinsky auf Vermittlung ihres Berner Vermögensverwalters ein Schenkungsvertrag mit dem Kunstmuseum Bern ab. Bei ihrem Tod sollten die fünf Bilder, die im Chalet Esmeralda hingen, ans Kunstmuseum übergehen.

Als ihr Mörder am Nachmittag des 2. September 1980 das Haus verliess, liess er die Werke an den Wänden hängen. Drei Tage später fuhr in Gstaad ein Kunsttransporter vor. Er brachte die Bilder auf direktem Weg nach Bern. Dort hängen sie noch heute.

Serie «Kalte Spuren»

Die Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten liegt im langjährigen Mittel der letzten Jahre bei 94 Prozent. Den «Cold Cases» – also jenen Fällen, deren Spuren erkalten sind – widmen wir diese Serie. Wir rollen mit Fahndern, Nachbarn und Eltern von Opfern ungelöste Delikte aus dem Kanton Bern behutsam nochmals auf. (cd)

kau zu gelangen – erfolglos, weil die Russen nicht kooperierten.

Kritik an der Polizei

Einem Hinweis gingen die Berner Ermittler hingegen kaum nach. An ihrem Todestag erwartete Nina Kandinsky noch einen Handwerker für eine Reparatur bei sich im Haus. Dies hätte zumindest erklärt, weshalb sie ihrem späteren Mörder willentlich die Tür öffnete. Diese Spur blendete die Berner Polizei – jedenfalls gemäss den Akten – in ihren Ermittlungskomplex aber fast komplett aus. In den ersten Tagen nach der Tat berichteten die Schweizer Medien noch im grossen Stil über die Tat. «Prominenten-Mord in Gstaad» titelte der «Blick» auf seiner Frontseite am 4. September 1980, «Witwe des Maler-Genies Kandinsky tot – Schmuck weg». Lange hielt die Aufmerksamkeit aber nicht. Bereits kurz nachdem das «Mordbüro Gstaad» unter der Aufsicht des damaligen Regierungsstatthalters und Gerichtspräsidenten Johannes Friedli seine Arbeit aufnahm, flaute das öffentliche Interesse ab.

Die Ermittlungen, die bereits nach wenigen Tagen versandeten, wurden im März 1982 ganz eingestellt. «Das scheint hier niemanden zu kümmern», schrieb die deutsche Schriftstellerin und Journalistin Angelika Overath, die sich 1982 für die Monatszeitschrift TransAtlantik

Stadt Thun verlängert die Frist für Solidaritätsbeiträge

Corona-Folgen In Thun gingen bisher 31 Unterstützungsgesuche von KMU ein – über 200'000 Franken wurden ausbezahlt.

Ende September ist Schluss – eigentlich. Bis dann läuft die ursprüngliche Frist der Stadt Thun, innert welcher kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Gesuche für einen städtischen Solidaritätsbeitrag beantragen können. Zur Erinnerung: Auf Antrag der Stadtregierung hatte das Parlament 2 Millionen Franken bewilligt, mit denen die Folgen der Corona-Krise für hiesige Firmen abgedeckt werden sollen. Nun ist klar: Die Frist wird bis Ende Jahr verlängert.

«Wir haben gemerkt, dass einige Firmen erst jetzt in eine schwierige Situation geraten. Sie sollen ebenfalls die Möglichkeit haben, ein Gesuch einzureichen», begründet **Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP)** den Schritt. Zuletzt habe es mehrere telefonische Anfragen gegeben. Diverse Unternehmen hätten wohl zuerst versucht, mit ihren Reserven über die Runden zu kommen, seien nun aber froh um einen Beitrag.

Knapp 220'000 Franken wurden bisher bewilligt

Insgesamt sind seit Juni 31 Gesuche eingegangen. Laut **Stapi Lanz** wurden 21 genehmigt, 2 abgelehnt, 8 seien noch in Bearbeitung. Knapp 220'000 Franken

wurden zur Auszahlung bewilligt. Überdurchschnittlich vertreten sind die Bereiche Dienstleistungen und Detailhandel.

Die Beurteilung nimmt ein unabhängiger Ausschuss vor. «Bei den beiden abgewiesenen Gesuchen kam der Ausschuss zum Schluss, dass die Bedingungen nicht erfüllt wurden», sagte **Lanz** schon im August gegenüber dieser Zeitung. Zu den Spielregeln gehört, dass zuerst die von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mittel ausgeschöpft sein müssen. Auszahlungen können erfolgen, wenn die längerfristige Zukunft des Unternehmens durch den Stadtbeitrag aussichtsreich erscheint. Keine Gelder gibt es, wenn die Zahlungsfähigkeit bereits vor dem Ausbruch der Pandemie eingeschränkt war. Eingereicht werden müssen diverse Unterlagen, etwa die Steuererklärung.

Im Thuner Stadtrat wurde Kritik geäussert, die Hürden seien zu hoch. «Es ist eine Gratwanderung», sagt **Lanz** dazu. «Auf der einen Seite wollen wir selbstverständlich diejenigen unterstützen, die es nötig haben. Auf der anderen Seite müssen wir uns bewusst sein, dass wir à fonds perdu Steuergelder auszahlen.» Da müsse unbedingt sichergestellt

sein, dass die Auszahlungen gerechtfertigt seien – und nicht jemand unterstützt werde, der es gar nicht nötig habe.

Die Hürden werden nicht angepasst

Um dies umsetzen zu können, seien die verlangten Unterlagen nötig. Auch wenn bei einer Bank ein Kredit aufgenommen werde, müssten diverse Unterlagen eingereicht werden – diese Gelder müssten notabene zurückgezahlt werden. Es sei momentan nicht geplant, die Hürden im Hinblick auf die verlängerte Frist anzupassen. «Es gibt auch keine entsprechenden Signale des Ausschusses», führt **Raphael Lanz** aus.

Und was passiert eigentlich mit dem restlichen Geld, falls die bereitgestellten 2 Millionen Franken nicht komplett ausgeschöpft werden? «Das werden wir Ende Jahr beurteilen», antwortet **Lanz**. Dabei werde nicht zuletzt die allgemeine Finanzlage der Stadt berücksichtigt. Und: Wenn nicht alles verwendet werde, sei dies ja auch ein positives Zeichen und zeige, dass die schlimmsten Befürchtungen für die hiesige Wirtschaft nicht eingetroffen seien.

Michael Gurtner

«Wir sind nicht taub»

Im Thuner Stadtparlament äusserte sich Stadtrat Franz Schori (SP) kürzlich zu Mieterlassens bei städtischen Liegenschaften: «Ich wünsche mir ein kräftiges Signal des Gemeinderats», sagte Schori. **Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP)** erklärt dazu: «Wir haben tatsächlich diverse Begehren erhalten. Und wir haben Verständnis für die Anliegen der Mieter.» In einer ersten Phase seien sämtliche Mieten gestundet worden. Definitive Entscheide zu Mieterlassens könne er noch nicht kommunizieren, es werde aber «eine differenzierte Lösung» geben: «Wir sind sicher nicht einfach taub auf beiden Ohren.» Die Stadt wolle nun zuerst die Betroffenen informieren und werde nach den Herbstferien öffentlich kommunizieren. (mik)



Die komplett leere Obere Hauptgasse in Thun während des Lockdown. Hart getroffene KMU können noch bis Ende Jahr Gesuche für einen Solidaritätsbeitrag der Stadt stellen. Foto: Christoph Gerber

Einigen sich Parteien auf stille Wahlen?

Sigriswil Die Dorfparteien haben eine erste Analyse der Wahlen vorgenommen. Heute Abend steigt eine Elefantenrunde.

Nach den Sigriswiler Gemeindevahlen hat bei der grossen Verliererin SVP ein erstes Wundenlecken stattgefunden. «Wir haben die Wahlen analysiert», sagt Präsident Alfred Santschi. Man habe die Dinge offen und ehrlich angesprochen, die dazu geführt haben könnten, dass die Partei zwei Sitze verloren hat. Der Spesenstreit war dabei ein zentrales Thema. «Er hat uns geschadet», ist Santschi überzeugt. Ihn schmerze vor allem die Abwahl von Gemeinderatsvizepräsident Ferdinand Oehrli. «Die Sache beschämt mich.» Die SVP hat aber keine Zeit, um sich im Schützengraben zu verziehen. Heute Abend steigt die Elefantenrunde mit allen Parteichefs. Ziel ist es dabei, sich auf eine Strategie für die Präsidents-

wahlen vom 29. November zu einigen. In der Vergangenheit kam es in Sigriswil meist zu stillen Wahlen. «Heuer könnte es aber anders sein», sagt Santschi. Das müsse aber nicht zwingend schlecht sein. «Dann können die Bürger entscheiden. Dabei kann nichts falsch sein.»

Bichsel will, wer noch?

Seine Ambitionen bereits angemeldet hat Alfons Bichsel (BDP). Ob Madeleine Amstutz auch kandidiert, liess sie am Sonntag nach der Wahl noch offen. In der Vergangenheit hat sie jedoch mehrfach verlauten lassen, dass der Posten sie reizte. Der Reigen der potenziellen Kandidaten ist noch grösser: So haben auch Anton Ambühl (SVP) und Heinerika Eg-

«Dann können die Bürger entscheiden. Dabei kann nichts falsch sein.»

Alfred Santschi, Präsident SVP Sigriswil

germann-Dummermuth (PBS) gute Ergebnisse bei den Wahlen erzielt. «Ich gehe davon aus, dass wir nach der Elefantenrunde einen Schritt weiter sind», sagt Santschi. Offizielle Frist, um eine Kandidatur einzureichen, ist übrigens der 12. Oktober.

Roger Probst